

Senatsbeschlüsse

der 156. Sitzung des Senats

am 15.05.2018, 11:15 Uhr

- 3873.) Vorhabenbezogener Bebauungsplan 126  
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines  
Studierendenwohnheims (Appartements) mit zwei Gebäuden zwischen der  
Ottostraße und der Kantstraße in Bremen-Neustadt  
(Vorlage 2075/19)
- 

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau,  
Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft einschließlich  
Anlagen zum Bericht an und beschließt, den vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan 126 zur Errichtung eines Studierendenwohnheims  
(Appartements) mit zwei Gebäuden zwischen der Ottostraße und der  
Kantstraße in Bremen-Neustadt entsprechend der Vorlage 2075/19 der  
Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 3874.) Kostenordnung für die Sondernutzung nach dem Bremischen  
Landesstraßengesetz in der Stadtgemeinde Bremen  
(Sondernutzungskostenordnung)  
(Vorlage 2076/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom  
09.05.2018)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres  
vom 9. Mai 2018 den Entwurf der Kostenordnung für die Sondernutzung  
nach dem Bremischen Landesstraßengesetz in der Stadtgemeinde Bremen  
(Sondernutzungskostenordnung) sowie die Mitteilung des Senats und deren  
Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung in  
der Maisitzung.

- 3875.) 10. Ortsgesetz über die Gestaltung des charakteristischen Erscheinungsbilds für ein Gebiet zwischen Stephanibrücke, Eduard- Schopf-Allee, Doventorstraße, Diepenau, Weserpromenade und Vor Stephanitor (Vorlage 2077/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2077/19 den Entwurf des 10. Ortsgesetzes über die Gestaltung des charakteristischen Erscheinungsbilds für ein Gebiet zwischen Stephanibrücke, Eduard- Schopf-Allee, Doventorstraße, Diepenau, Weserpromenade und Vor Stephanitor (Bearbeitungsstand: 11.09.2017) sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 3876.) "Waffen- und Munitionsexporte über die Bremischen Häfen im Jahr 2017" (Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE) (Vorlage 2078/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2078/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 3 wird der erste Satz des zweiten Absatzes wie folgt gefasst:

„Die Bundesregierung hat angekündigt, sich grundsätzlich für eine striktere Kontrolle und restriktive Genehmigungspraxis der Rüstungsexporte einzusetzen und auch dafür einzutreten, dass

industrielle Arbeitsplätze unabhängiger werden müssen von der militärischen Produktion.“

- In der Antwort auf Frage 4 werden im zweiten Absatz jeweils die Wörter „im Koalitionsvertrag“ gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3877.) Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Abgabenordnung zur „Erhöhung der Freigrenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung von 35.000 EUR auf 45.000 EUR  
(Vorlage 2079/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 26.04.2018)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage vom 26. April 2018, dem Bundesrat den Entschließungsantrag zur Änderung der Abgabenordnung zur „Erhöhung der Freigrenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung von 35.000 EUR auf 45.000 EUR“ zuzuleiten.

3878.) Entschließung des Bundesrates zum Entwurf von Gesetzesvorschlägen für die Umsetzung des Projektes "ELFE – Einfach Leistungen für Eltern"  
(Vorlage 2080/19 und Neufassung des Entschließungsantrags der Senatorin für Finanzen vom 09.05.2018)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2080/19 und unter Berücksichtigung der Neufassung des Entschließungsantrags vom 9. Mai 2018 dem Bundesrat den Entschließungsantrag zum Entwurf von Gesetzesvorschlägen für die Umsetzung des Projektes „ELFE – Einfach Leistungen für Eltern“ mit der Bitte um Beschlussfassung zuzuleiten.

- 3879.) "Landesgesetz zur Integration und Aktualisierung bibliotheksbezogener Vorschriften"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 2081/19)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 29. Mai 2018 aus.

- 3880.) "Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?"  
(Große Anfrage der Fraktion der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
(Vorlage 2082/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2082/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.12.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3881.) Fortsetzung der Ausbildungsgarantie - Bereitstellung von Landesmitteln für die Jahre 2018 - 2022  
(Vorlage 2083/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 14.05.2018)
- 

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 14. Mai 2018 die Planungen zur Weiterentwicklung der Ausbildungsgarantie zur Kenntnis und bittet im weiteren Prozess, die inhaltliche Verknüpfung zur Jugendberufsagentur weiterhin sicherzustellen.
2. Der Senat stimmt der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 0305/684 60-0, Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsgarantie, in Höhe von 4.700.000,00 € sowie

einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.489.340 € zu. Die Abdeckung dieser Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Produktplan 31 (Arbeit) im Rahmen der zukünftigen Anschläge in Höhe von 3.907.840 € im Jahr 2019, 2.919.330 € im Jahr 2020, 1.221.300 € im Jahr 2021 und 140.870 € im Jahr 2022.

3. Der Senat stimmt der Schaffung von zwei zusätzlichen, befristeten Stellen für die Projektbegleitung zu, sie werden aus den vorhandenen Programmmitteln finanziert. Die hierfür benötigten Mittel in Höhe von 270.000 € sind in den unter 2. stehenden Verpflichtungsermächtigungen enthalten.
4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre ab 2020 prioritär im Rahmen der Eckwerte des Produktplans 31 (Arbeit) sicherzustellen.
5. Der Senat stimmt zu, dass die Reste, die im Landesprogramm „Ausbildungsgarantie“ entstehen und deren Liquidität im Rahmen der Jahresabschlüsse dem Gesamthaushalt zufließen, zur Ausfinanzierung in den Folgejahren bedarfsgerecht mit Liquidität aus dem Gesamthaushalt hinterlegt werden.
6. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen Beschlüsse über die Senatorin für Finanzen, vorbehaltlich der Zustimmung der Fachdeputation, beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

- 3882.) Bebauungsplan 2477  
für ein Gebiet in Bremen-Häfen  
zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der  
Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-  
Park)  
(Vorlage 2084/19)
- 

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau,  
Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt,  
den Bebauungsplan 2477 entsprechend der Vorlage 2084/19 der  
Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 3883.) "Gefahren für Besucher von Shisha-Bars"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 2085/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2085/ der schriftlichen  
Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion SPD mit der Maßgabe  
folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage wird der letzte Absatz ersatzlos gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
zuzuleiten.

3884.) Neues Hulsberg-Viertel  
Bericht über den Stand des Bebauungsplanverfahrens und die wertrelevanten Regelungen des Städtebaulichen Vertrages  
Bericht über den Stand des Gesamtvorhabens durch die GEG  
(Vorlage 2086/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2086/19 den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr über den Stand des Bebauungsplanverfahrens und die wertrelevanten Regelungen des Städtebaulichen Vertrages zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt den Bericht der Grundstücksentwicklungsgesellschaft GEG über den Stand des Gesamtvorhabens Neues Hulsberg-Viertel vom 17.04.2018-zur Kenntnis.
3. Der Senat nimmt den Entwurf des Bebauungsplanes (Stand 29.03.2018, Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Der Senat stimmt dem Entwurf des Städtebaulichen Vertrages (Stand 17.04.2018) zu.
5. Der Senat bittet die Beteiligten auf dieser Grundlage dafür Sorge zu tragen,
  - a. dass die GEG die Erlöse aus den Verkäufen der Grundstücke des Neuen Hulsberg-Viertels maximiert und die Kosten minimiert und
  - b. dass die GEG zeitnah ein mit der GeNo abgestimmtes Konzept für den Freizug der Flächen des Klinikums Bremen-Mitte sowie ein zeitliches Konzept für die Vermarktung der Freizugsflächen dem Aufsichtsrat der GEG vorlegt.
6. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr über den Sachstand des Gesamtvorhabens „Neues Hulsberg-Viertel“ im 1. Halbjahr 2019 zu berichten.

- 3885.) "Hat Bremen die Voraussetzungen für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt geschaffen?"  
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)  
(Vorlage 2087/19)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 22. Mai 2018 aus.

- 3886.) Jacobs University Bremen  
Weitere Unterstützung durch die Freie Hansestadt Bremen  
(Vorlage 2088/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Schuldübernahme des von der Bremer Aufbau Bank an die Jacobs University Bremen ausgereichten Kredits durch die Freie Hansestadt Bremen zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen den Zinsaufwand für die Schuldübernahme für die Jahre 2018/2019 in seinem Haushalt zu finanzieren.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sicherzustellen.
4. Der Senat stimmt zu, dass die Tilgung des Darlehens in das Schuldenmanagement des Produktplans 93 Zentrale Finanzen einfließt.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, den Kapaldienst für das Darlehen ab dem Jahr 2020 sowie die Frage der Tilgung bzw.

Prolongation des Darlehens ab 2023 im Rahmen der Aktualisierung der Eckwerte 2020/2021 bzw. der Fortschreibung der Finanzplanung zu berücksichtigen.

3887.) Maßnahmen der Stadtgemeinde Bremen als Gesellschafter der Gesundheit Nord gGmbH zur finanziellen Entlastung des Klinikverbundes (Vorlage 2089/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die in der Senatsvorlage dargestellten Maßnahmen zur finanziellen Entlastung des Klinikverbundes sowie den Entwurf des *Zukunftskonzepts GeNo2025* der Gesundheit Nord (GeNo) zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, dafür Sorge zu tragen, dass die Geschäftsführung der GeNo dem Aufsichtsrat in seiner kommenden Sitzung eine überarbeitete mittelfristige Finanzplanung vorlegt, die die im Entwurf des *Zukunftskonzepts GeNo2025* dargestellten Potentiale der Maßnahmen im bestehenden Portfolio berücksichtigt.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, dafür Sorge zu tragen, dass die Geschäftsführung der GeNo Vorschläge für eine Modifizierung der bestehenden Leistungsprofile der Standorte erarbeitet und dem Aufsichtsrat zur weiteren Befassung vorlegt.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Geschäftsführung der GeNo mit einer Prüfung zu beauftragen, ob und inwieweit die bestehende Organisationsstruktur der GeNo ausreicht, die Potentiale der GeNo als Klinikverbund effektiv zu nutzen und ob sie dem Management ermöglichen, die notwendige Konsolidierung der GeNo zügig zu erreichen.

Der Senat beschließt:

- a. die Erhöhung des Eigenkapitals insgesamt i.H.v. 140,70 Mio. EURO soll in zwei Tranchen zu 83,50 Mio. € in 2018 und 57,20 Mio. € in 2019 erfolgen;
  - b. die Freigabe der Mittel in 2018 ist in Höhe von 26,3 Mio. € von der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zu der überarbeiteten mittelfristigen Finanzplanung, die die im Entwurf des *Zukunftskonzept GeNo2025* dargestellten Potentiale im bestehenden Portfolio berücksichtigt, abhängig;
  - c. die Freigabe der Mittel in 2019 in Höhe von 57,2 Mio. EURO ist von der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zu der Vorlage eines Konzepts zur Organisationsstruktur abhängig.
  - d. die Übernahme von Darlehen der GeNo i.H.v. 31,3 Mio. EURO in 2018 und in Höhe von 34,0 Mio. EURO in 2019.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Versorgungsansprüche der Beschäftigten der GeNo gemäß Besserungsschein, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2020, in Höhe von rd. 7 Mio. EURO als Vorbelastung in die Eckwertplanung 2020/2021 ff. einzuplanen.
6. Der Senat erwartet eine enge Begleitung des Konsolidierungsprozesses, insbesondere der Umsetzung des *Zukunftskonzeptes GeNo2025* durch die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und bittet um eine halbjährliche Berichterstattung.
7. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „A. 1 Ausgangslage und Auswirkungen der Finanzierung des TEN“ am Ende des vierten Absatzes das Wort „Medizintechnik“ in „Anlagentechnik“ geändert wird.

3888.) Änderung der Haushaltsgesetze 2018/2019 der Freien Hansestadt Bremen  
(Land und Stadtgemeinde)  
(Vorlage 2090/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2090/19 den Entwürfen der Mitteilungen des Senats an die Bremische Bürgerschaft bzw. Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
  - In der Mitteilung des Senats an die Stadtbürgerschaft wird im Absatz nach den Kullerpunkten der letzte Satz durch den folgenden Text ersetzt:

„Es ist beabsichtigt, dass die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz die Maßnahme Ende Mai 2018 berät. Das Ergebnis der Beratung soll der Stadtbürgerschaft im Sinne des § 32 in Verbindung mit § 33 Landeshaushaltsordnung mitgeteilt werden.“
  - In der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) wird im Absatz nach den Kullerpunkten im vorletzten Satz die Wörter „am 29.“ durch „Ende“ ersetzt.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, dem Senat nach Beratung der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Umlaufbeschluss eine Ergänzung zum (Nachtrags-)Haushaltsentwurf vorzulegen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
  - unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ im zweiten Absatz die Wörter „den 22.“ durch das Wort „Ende“ ersetzt werden und der

vierte Satz ersatzlos gestrichen wird.

- unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ im dritten Absatz die Wörter „am 29.“ durch das Wort „Ende“ ersetzt werden.
- unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der letzte Absatz wie folgt neu eingeleitet wird:

„Die Ergebnisse der Deputationsberatungen sollen im Anschluss...“

- der ursprüngliche zweite Beschlussvorschlag gestrichen wurde.

3889.) Umsetzung Programm "Zukunftsorientierte Verwaltung" (ZOV)  
"Optimierung des bremischen Forderungsmanagements - Entwicklung des  
Forderungsbestands / Altforderungen"  
(Vorlage 2091/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den Sachstandsbericht des Projektes „Optimierung des Forderungsmanagements“ zur Entwicklung des Altforderungsbestands und zum Einsatz der „Task Force“ zur Kenntnis.
2. Er bittet die Ressorts, die verbliebenen Altforderungen von insgesamt i.H.v. 14,6 Mio € konsequent abzubauen und der Senatorin für Finanzen vierteljährlich, erstmals zum 30.6.2018, über den Stand zu berichten.
3. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die Ressorts auf Anforderung zu unterstützen und dem Senat im Januar 2019 über das Ergebnis zu berichten.